

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 16.02.2006

Vorlage Nr. 05-F-03-0132

Erhalt der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr - Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2005 -

CDU/SPD Bundesregierung muss die Kürzungen der Fördermittel für den ÖPNV zurücknehmen

Bereits im nächsten Jahr will die CDU/SPD Bundesregierung die Regionalisierungsmittel, die auch dem Wiesbadener Nahverkehr zugute kommen, von derzeit 7 Milliarden Euro um fünf Prozent kürzen und in den darauf folgenden Jahren noch stärker reduzieren.

Insgesamt sollen bis 2009 rund 3 Mrd. Euro gestrichen werden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen erwartet ab 2006 Fahrpreissteigerungen in zweistelliger Höhe.

Kürzungen von Mitteln für den Nahverkehr schaden allen ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzern, die ohnehin schon durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung und die Verringerung der Pendlerpauschale zur Kasse gebeten werden.

Die drastische Verringerung der Regionalisierungsmittel, die ursprünglich bis 2007 und sogar mit Steigerungsraten zugesichert waren, ist im Hinblick auf Umweltschutzaspekte und Verkehrsinfrastrukturentwicklung als kontraproduktiv zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert:

- sich mit den Gebietskörperschaften in der Region und dem Hessischen Städtetag zusammenschließen und gegen die verbraucherfeindlichen und ökologisch schädlichen Kürzungen der CDU/SPD Bundesregierung zu protestieren und
- dabei zu verdeutlichen, dass die Kürzungen der Mittel für den Nahverkehr eine Angebotsausdünnung oder Preiserhöhungen bei Bus und Bahn nach sich ziehen werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundestagsabgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul und Kristine Köhler auf, einem Haushalt, der die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommt, verbraucherfeindlich und unökologisch ist, ihre Zustimmung zu verweigern.
- Darüber hinaus soll der Magistrat der Hessischen Landesregierung erklären, dass, bezogen auf die konkrete Situation in der Region, Einsparungen durch Ausschreibung von Verkehrsleistungen aufgrund der Dauer der abgeschlossenen Verträge derzeit nicht erzielbar sind.

Änderungsantrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 14.02.2006

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ändere Dick-Punkt 3 in:

- Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Bundestagsabgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul und Kristina Köhler darauf hinzuwirken, dass die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV nicht gekürzt werden.

Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16.02.2006

Die FDP-Stadtverordnetenfraktion beantragt folgende Änderung:

So soll im 4. Spiegelpunkt die ersten 5 Worte „Darüber hinaus soll der Magistrat“ zur Vermeidung einer Wiederholung gestrichen werden, so dass der Punkt mit „der Hessischen Landesregierung zu erklären“ beginnt. Weiter rückt der jetzige Spiegelpunkt 4 an die Position 3. Die Aufforderung an Kristina Köhler und an Heidemarie Wieczorek-Zeul soll den Antrag in einem gesonderten Satz, ohne Spiegelpunkt, abschließen.

Beschluss Nr. 0111

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2005 betr.

Erhaltung der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr

wird unter Übernahme des Änderungsantrages der CDU und unter Annahme des Änderungsantrages der FDP in folgender Form angenommen:

CDU/SPD Bundesregierung muss die Kürzungen der Fördermittel für den ÖPNV zurücknehmen

Bereits im nächsten Jahr will die CDU/SPD Bundesregierung die Regionalisierungsmittel, die auch dem Wiesbadener Nahverkehr zugute kommen, von derzeit 7 Milliarden Euro um fünf Prozent kürzen und in den darauf folgenden Jahren noch stärker reduzieren. Insgesamt sollen bis 2009 rund 3 Mrd. Euro gestrichen werden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen erwartet ab 2006 Fahrpreissteigerungen in zweistelliger Höhe. Kürzungen von Mitteln für den Nahverkehr schaden allen ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzern, die ohnehin schon durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung und die Verringerung der Pendlerpauschale zur Kasse gebeten werden. Die drastische Verringerung der Regionalisierungsmittel, die ursprünglich bis 2007 und sogar mit Steigerungsraten zugesichert waren, ist im Hinblick auf Umweltschutzaspekte und Verkehrsinfrastrukturentwicklung als kontraproduktiv zu bewerten

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert:

- sich mit den Gebietskörperschaften in der Region und dem Hessischen Städtetag zusammenschließen und gegen die verbraucherfeindlichen und ökologisch schädlichen Kürzungen der CDU/SPD Bundesregierung zu protestieren und
- dabei zu verdeutlichen, dass die Kürzungen der Mittel für den Nahverkehr eine Angebotsausdünnung oder Preiserhöhungen bei Bus und Bahn nach sich ziehen werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Bundestagsabgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul und Kristina Köhler darauf hinzuwirken, dass die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV nicht gekürzt werden und der Hessischen Landesregierung zu erklären, dass, bezogen auf die konkrete Situation in der Region, Einsparungen durch Ausschreibung von Verkehrsleistungen aufgrund der Dauer der abgeschlossenen Verträge derzeit nicht erzielbar sind.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2006

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-
management aufgenommen.**

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .02.2006

1. Dezernat IV i.V.m. Dezernaten I + VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:

Dezernat I

Dezernat VII

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister